

Wachstum – Beschäftigung – Integration



Positionen der Österreichischen Sozialpartner zu zentralen Herausforderungen der Zukunft

(Kurzfassung)

Bad Ischler Dialog 2010

EINLEITUNG

Wachstum – Beschäftigung – Integration: Die Österreichischen Sozialpartner haben sich zum Ziel gesetzt, ein zukunftsfähiges, innovationsstarkes, partizipatives und nachhaltiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell mit hohem Lebensstandard zu verfolgen und im internationalen Kontext zu verwirklichen. Wachstumsimpulse und Entwicklungspotenziale sollen rasch und dauerhaft genutzt und gestärkt werden, um im Wettbewerb durch hohe Wertschöpfung qualitätsvolle Arbeitsplätze und kontinuierliche Arbeit zu erhalten und zu schaffen sowie gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Die dazu nötige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Strategie muss die langfristigen Trends und Herausforderungen für die Entwicklung nutzen:

- Die globale Wirtschaft wird noch stärker arbeitsteilig werden.
- Vielfalt und Diversität entfalten sich parallel zu den Stärken der wirtschaftlichen Tradition.
- Der technisch-wirtschaftliche Fortschritt schreitet weiter voran.
- Dienstleistung und Kreativwirtschaft steigern ihren Wertschöpfungsanteil.
- Die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien und der Klimawandel brauchen eine „grünere“ und „saubere“ Wirtschaft.
- Regional stellen sich Entwicklungschancen sehr unterschiedlich dar.
- Die demografische Entwicklung ist sowohl für die sozialen Sicherungssysteme wie auch für das Wachstumspotenzial eine entscheidende Determinante.
- Arbeitsformen und Arbeitsorganisation ändern sich.
- Darüber hinaus ändern sich die Anforderungen an das Bildungs- und Gesundheitssystem.
- Es gibt eine ungedeckte Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften.
- Das Beschäftigungspotenzial von Personen mit Migrationshintergrund ist nicht genügend ausgeschöpft.

Österreich, integriert in die Europäische Union, soll mit Erfolg diese Veränderungen bewältigen, die neuen Chancen auch kurz- und mittelfristig für eine nachhaltige Entwicklung nutzen. Alle Bevölkerungsgruppen in Österreich sollen die Verbesserungen zu spüren bekommen. Daher muss gezielt in jene Bereiche investiert werden, die die Wachstumschancen verbessern.

Diese Veränderungen müssen wirtschaftlich bewältigbar und gesellschaftlich verträglich sein. Die daraus entstehenden Potenziale im Wettbewerb sind bestmöglich zu nutzen. Es muss gleichzeitig darauf geachtet werden, dass niemand von den Chancen der Veränderungen ausgeschlossen wird und dass die Übergänge im Veränderungsprozess mit angemessenen Abfederungen und Anreizen begleitet werden.

Daher sind Ziele und Maßnahmen entlang dreier Handlungsfelder gegliedert:

- Dynamische Wettbewerbsfähigkeit als wirtschaftliche Herausforderung
- Wissensgesellschaft als gesellschaftliche Herausforderung
- Nachhaltigkeit als strategische Herausforderung

AUSGANGSLAGE

Wirtschaftskrise

Nach den Krisenjahren erholt sich die Weltkonjunktur allmählich, dennoch sind die durch die Krise aufgedeckten Schwächen nicht überwunden: Potenzialwachstum ging verloren, der Finanzsektor ist noch nicht gesundet, die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte ist für zukunftsrelevante Investitionen eingeschränkt, Redundanz und Ineffizienz wurden nicht verringert.

Die großen Herausforderungen der nächsten Jahre sehen die Sozialpartner in den Bereichen Globalisierung, demografischer Wandel, periphere ländliche Regionen, Integration und Migration, Umwelt und Energie, neue Kommunikation, Sicherheit und weltweite Ungleichgewichte.

Österreich: Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandorts

Österreich ist heute das viertreichste Land der EU, hatte im Mai 2010 die niedrigste Arbeitslosenrate der EU und ist seit seinem EU-Beitritt schneller als der EU-Durchschnitt gewachsen.

Zu den **Stärken** des österreichischen Wirtschaftsstandortes zählen unter anderem die Entwicklung der Exporte (nach einem Sinken während der Krise ist 2010 wieder mit einem Anstieg der Exportquote zu rechnen), der hohe Anteil innovativer KMU, die institutionelle und soziale Stabilität, der Tourismus, die geografische Lage und Vorteile, die sich aus Clusterstrukturen oder Zusammenwachsen mit Nachbarstaaten ergeben (Agglomerationsvorteile).

Auffallende **Schwächen** des österreichischen Wirtschaftsstandortes zeigen sich unter anderem bei der niedrigen Erwerbsquote Älterer, bei der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (bei Ausrüstungsinvestitionen und bei privaten Konsumausgaben), beim Bildungssystem, das für die Herausforderungen der Zukunft nicht optimal aufgestellt ist, bei Defiziten in der Integrations- und Migrationspolitik, die zu gesellschaftlicher Segregation und zu Druck auf dem Arbeitsmarkt führen, bei Forschung und Entwicklung (der Anteil forschender Unternehmen ist weiter eher gering), bei der Anzahl von Unternehmensgründungen und bei der Verwaltungsreform.

HANDLUNGSFELD 1: Dynamische Wettbewerbsfähigkeit – wirtschaftliche Voraussetzung für mehr Wachstum

Synergien Industrie und Dienstleistungen

Für eine wachstumsfähige Wirtschaftsstruktur braucht es eine proaktive Begleitung des Strukturwandels. Es geht darum, eine sinnvolle Strukturpolitik zu definieren, um den Strukturwandel in Unternehmen und die Anpassung von Qualifikationen zu ermöglichen und zu unterstützen, und dies unter Vermeidung übermäßiger sozialer Verwerfungen. Gleichzeitig müssen Innovationskraft und Wachstum wettbewerbsfähiger Unternehmen weiter unterstützt werden um die Arbeitsplätze der Zukunft zu sichern.

Wachstumstreiber und Wachstumsbranchen der Zukunft in Österreich

Die zentrale Bedeutung des technischen Fortschritts für Wachstum ist unbestritten. Erfolgreiche F&E-Bemühungen ermöglichen neue oder verbesserte Produkte, Produktionstechniken und Verfahren, die durch Kosten- und Preissenkungen, Produktivitätsfortschritte und die Schaffung neuer Märkte einen positiven Wachstumsbeitrag leisten.

Von ebenso wichtiger Bedeutung für das Wirtschaftswachstum sind die konsequente Entwicklung des Humankapitals und der Qualität der zukünftigen Arbeitsplätze. Die Bedeutung qualifizierter Arbeitskräfte für das Wirtschaftswachstum kommt auch darin zum Ausdruck, dass zunehmende Beschäftigung höher qualifizierter Arbeitskräfte zu konstatieren ist, während bei insgesamt konstantem Arbeitsvolumen die Beschäftigung gering qualifizierter Arbeitskräfte deutlich rückläufig ist.

Die Sozialpartner sehen in vielen Bereichen neue Wachstumsmärkte, darunter neue Technologien, neue Exportmärkte, Mobilität, im Energiesektor (erneuerbare Energien, Energieeffizienz), Gesundheit, Tourismus. Marktpotenziale ergeben sich auch durch geändertes Konsumverhalten, bis 2020 wächst die Zahl der Haushalte in Österreich stärker als die Bevölkerung, hier sind substantielle Wachstumsbeiträge zu erwarten. Verschiebungen der Konsumpräferenzen der österreichischen Haushalte hin zu Gesundheitsausgaben, Ausgaben für Verkehr, Freizeit/Hobby/Sport und (auf niedrigerem Niveau) private Bildungsausgaben sind zu erwarten.

Bedarfsgerechte Flexibilisierung

Weitere Beiträge zur Hebung von Wachstumspotenzialen sind für die Sozialpartner Unterstützung für neue Unternehmen (von der Finanzierung bis zu rechtlichen Rahmenbedingungen), die Förderung flexibler Arbeitsmodelle je nach Lebensphase (Stichwort Work-Life-Balance) und gesundes Älterwerden („active ageing“).

Offenheit ausbauen: Integration und Migration

Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund ist in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen, dabei zeigt sich ein Strukturwandel hin zu einer auf dauerhafte Niederlassung orientierten Zuwanderung. Hinsichtlich der Herkunft zeigt sich eine Schwerpunktverlagerung von Drittstaatzuwanderung zu einem steigenden Zuzug von EU-BürgerInnen.

Ein umfassendes Migrations- und Integrationskonzept, das ZuwandererInnen von Beginn an Unterstützung und Begleitung anbietet, und die möglichst weitgehende Nutzung der Potenziale von Personen mit Migrationshintergrund sind mitentscheidend für die weitere soziale und ökonomische Entwicklung Österreichs. Integrationsprozesse sind vielschichtig, die Sozialpartner konzentrieren sich vor allem auf die strukturelle Integration in den Bereichen Bildung, Arbeit, Recht, Wohnen, Soziale Sicherung, Partizipation.

Bildung:

- Schaffung eines Sprachförderkonzeptes vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe II.
- Schulreformen zur Erhöhung der Durchlässigkeit und Chancengleichheit.
- Senkung des hohen Drop out Risikos.
- Überwindung sozialer Barrieren beim Zugang und Verbleib im (weiterführenden) Bildungssystem.
- Berücksichtigung geschlechterspezifischer Besonderheiten bei Bildungs- und Berufswahl.
- Ausbau der Angebote in der Berufsorientierung, die auf die Bedürfnisse von SchülerInnen mit Migrationshintergrund eingehen.
- Angleichung des Informationsstandes von Eltern aus unterschiedlichen sozioökonomischen und soziokulturellen Schichten.
- Behebung von Sprachdefiziten und Beseitigung von Analphabetismus.
- Höherqualifizierung und Ausbau von Qualifikationen von ZuwanderInnen.
- Bestmögliche Nutzbarmachung von mitgebrachten Qualifikationen für den österreichischen Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt:

Die Sozialpartner treten dafür ein, dass in den kommenden Reformprogrammen Personen mit Migrationshintergrund und ihre Bedürfnisse stärker berücksichtigt werden:

- Überwindung der Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem.
- Sicherung einer zukunftsorientierten beruflichen Erstausbildung auch für diese Jugendlichengruppe.
- Deutlich bessere Verwertbarkeit der formalen ausländischen beruflichen Fähigkeiten und Fertigkeiten auf dem Arbeitsmarkt.
- Erschließung des Beschäftigungspotenzials der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insbesondere durch Sprach- und Berufsbildung noch vor dem legalen Arbeitsmarktzugang und durch solche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die einerseits berufliche Aus- und Weiterbildung mit einer Erhöhung der Sprachkompetenzen von Personen mit Migrationshintergrund verbinden und andererseits Personen unterstützen ihre im Ausland erworbenen Qualifikationen durch Reverenzen am österreichischen Arbeitsmarkt besser zu verwerten.
- Erhöhung der beruflichen Mobilität von Personen mit Migrationshintergrund.

Die Sozialpartner empfehlen insbesondere folgende Maßnahmen:

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sollen stärker auf die Bedürfnisse von Personen mit Migrationshintergrund zugeschnitten werden, ihre spezifische Ausgangslage auf dem heimischen Arbeitsmarkt sollte in den operativen Zielen des AMS berücksichtigt werden.

Das Erlernen der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung für den Arbeitsmarkteinstieg, in Kombination mit berufsbezogenen Ausbildungen ist der Spracherwerb besonders zielführend. Die vom AMS angebotenen Deutschkurse sollten daher jedenfalls einen Arbeitsmarktbezug haben. Auch bei Deutschkursen im Rahmen der Integrationsvereinbarung sollte ein stärkerer Bezug zum Arbeitsmarkt hergestellt werden.

Familiennachzug: Die Sozialpartner treten für einen ehestmöglichen Zugang zum Arbeitsmarkt unter Fortsetzung der Harmonisierung von Aufenthalt und Beschäftigung ein. Wartezeiten in Hinblick auf einen Arbeitsmarktzugang sind u. a. für den Erwerb bzw. die Verbesserung berufs- und tätigkeitsbezogener Deutschkenntnisse und für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen zu nutzen. Dies soll in Kooperation zwischen Einwanderungsbehörden, den Ländern und dem AMS umgesetzt werden.

Durch Zuwanderung ergeben sich vielfältige Chancen. Höher qualifizierte Zuwanderung steigert das Wirtschaftswachstum und damit den Wohlstand in Österreich. Zuzug Hochqualifizierter stärkt die Innovationskraft und damit die Betriebe, die dieses Potenzial nutzen. Migration kurbelt den Export an, Zugewanderte leisten in ihrem Zielland einen wesentlichen Beitrag zur Exportsteigerung. Zuwanderer verfügen über andere Sichtweisen und Erfahrungen, Betriebe sollen dieses Potenzial nutzen. MigrantInnen sind eine wichtige Kraft im Wirtschaftsleben: in Wien hat bereits ein Drittel der Unternehmer Migrationshintergrund, zum Teil sind MigrantInnen selbst Arbeitgeber und haben dadurch weitere Arbeitsplätze in Österreich geschaffen.

Handlungsbedarf: Umfassendes Migrationskonzept

Aufgrund der Tatsache, dass ein großer Anteil der in Österreich lebenden Menschen mit Migrationshintergrund eine niedrige Qualifikation aufweist, sollte der Fokus künftig stärker auf höher qualifizierte Zuwandernde gelegt werden. Österreich sollte daher, um im internationalen

Wettbewerb um die besten Köpfe mithalten zu können, möglichst rasch die Weichen für ein zukunftsorientiertes Migrationskonzept stellen, das sowohl frühzeitige Informationen an potenzielle Zuwandernde, als auch flexible und arbeitsmarktorientierte Möglichkeiten zur Zuwanderung sowie möglichst frühzeitige Angebote im Bereich Integration umfasst.

Die Sozialpartner schlagen die Etablierung eines kriteriengeleiteten Zuwanderungsmodells vor. Es orientiert sich wesentlich an den Bedürfnissen am Arbeitsmarkt, ist transparent und ermöglicht es, durch entsprechende Adaptierungen rasch auf geänderte Rahmenbedingungen zu reagieren. Der Vorteil dieses Systems ist, dass klar dargelegt wird, welche Qualifikationen, Eigenschaften und sonstige Voraussetzungen von Zuwandernden erwartet werden, wodurch ein hohes Maß an Transparenz sowohl für potenzielle Zuwanderer als auch für die heimische Bevölkerung geschaffen wird. Politische Entscheidungstragende können durch die klare Systematik den BürgerInnen das Ausmaß der Arbeitsmigration und die Ausrichtung der Zuwanderungspolitik vergleichbar einfach kommunizieren, wodurch Ängste und Vorurteile abgebaut werden. Lohn- und Sozialdumping sind wirksam zu unterbinden, daher müssen die von den Sozialpartnern vereinbarten Maßnahmen zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping umgesetzt werden.

HANDLUNGSFELD 2: Wissensgesellschaft – die gesellschaftliche Basis für mehr Beschäftigung

Bildung

Die Qualität der Aus- und Weiterbildung und eine gut ausgebildete Bevölkerung sind wichtige Voraussetzungen für den Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Bildung wird immer wichtiger für die wirtschaftliche Entwicklung, für die Teilhabe am Arbeitsmarkt und für die Armutsbekämpfung. Das gilt umso mehr, als ein Strukturwandel hin zu ausbildungsintensiveren Branchen erfolgen wird. Quantitativ wird es dazu mehr Menschen mit tertiärer Ausbildung vor allem im naturwissenschaftlich technischen Bereich brauchen. Qualitativ ist der Bildungsertrag eines relativ teuren Bildungssystems ebenfalls deutlich zu steigern. Dazu gehören eine Reform des Schulwesens, die Schaffung verbindlicher Bildungsziele, die Beseitigung geschlechtsspezifischer Defizite, das Heben des Bildungsniveaus von SchülerInnen mit Migrationshintergrund, funktionierende Instrumente der Berufswahl- und Bildungsberatung.

Um die Mobilität der Beschäftigten innerhalb Österreichs und Europas zu stärken und die damit verbundenen Chancen zu erhöhen, ist es notwendig, Bildungswege, Qualifikationen und Kompetenzen miteinander vergleichbar zu machen.

Neben dem jeweiligen Fachwissen werden soft skills wie Kommunikationsfähigkeit, Verkaufstalent, Fremdsprachenkompetenz, Reisebereitschaft, interkulturelle Kompetenz etc. immer wichtiger. Diese Qualifikationen müssen bereits durch das primäre Bildungssystem gefördert werden, besonders aber muss innerbetriebliches und überbetriebliches Lernen deutlich stärker auf die Förderung breiter Kompetenzbündel ausgerichtet werden. Auch die Unternehmen haben eine wichtige Aufgabe, beispielsweise durch Lehrlingsausbildung Facharbeiter heranzubilden.

Weichenstellungen in Bildungskarrieren dürfen nicht unumstößlich sein, modulare Ausbildungen, partielle Qualifikationsanerkennungen können helfen, das Bildungssystem flexibler und durchlässiger zu gestalten. Lebensbegleitendes Lernen ist unerlässlich, um Chancen auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig wahrnehmen zu können. Erhöhte Flexibilität am Arbeitsmarkt erfordert regelmäßige Anpassungen, die eine gemeinsame Anstrengung in der Verantwortung von ArbeitgeberIn, ArbeitnehmerIn und Staat notwendig machen. Dazu gehören auch die Befähigung zur Nutzung und der Zugang zu den neuen Medien.

Forschung und Entwicklung (F&E):

F&E sind zentrale Wachstumsmotoren, die das langfristige Wachstumspotenzial wesentlich beeinflussen. Dabei ist es notwendig, dass sich deutlich mehr Unternehmen als bisher in Forschung und Entwicklung engagieren, dass die öffentlichen Forschungsausgaben sich mehr auf gesellschaftlich relevante Probleme konzentrieren als bisher, dass die Qualität und die Anwendungsorientierung der universitären Forschung gesteigert wird und auch die Gründungs- und Wachstumsdynamik der jungen innovationsintensiven Unternehmen deutlich gesteigert wird.

Insgesamt wird dadurch – so wie durch insgesamt bessere staatliche Rahmenbedingungen - die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts gesteigert und der notwendige Strukturwandel deutlich gefördert. In vielen Bereichen wie Umwelttechnik, Gesundheit oder anderen neuen Technologien sind Doppeldividenden erreichbar. Österreich muss dadurch zu einem Innovations-Leader werden. Dazu gehört neben der klassischen Hochschulausbildung insbesondere auch die anwendungsnahe Fachhochschulausbildung.

Netzwerke:

Für bestimmte Produkte und Dienstleistungen ist es von Vorteil, wenn es räumliche Agglomerationen gibt. Komparative Vorteile können auch durch die räumliche Konzentration von Wissens-Hotspots und Clustern geschaffen und weiterentwickelt werden.

Die Logik der Wissensbeschaffung und Wissensverbreitung wird eine weitere Veränderung der Arbeitswelt mit sich bringen – von der Hierarchie zum Netzwerk. Eine Wirtschaft, die immer mehr auf Wissen und Innovation setzt, braucht auch funktionierende Wissensnetzwerke und -märkte. Dies betrifft einerseits die Infrastruktur: Breitbandzugang für alle und eine Grundausbildung in der IKT-Nutzung als Voraussetzungen für Diffusion und Anwendung von Wissen. Andererseits sind damit aber auch die Verbreitung von Wissen, der Zugang zu Daten und die Generierung relevanten öffentlichen Contents gemeint. Wissen zu teilen muss für alle Beteiligten von Nutzen sein, intellektuelle Verfügungsrechte müssen bewahrt werden ohne die Dynamik der Wissensverbreitung zu bremsen.

HANDLUNGSFELD 3: Nachhaltigkeit als Ausdruck strategischer Zukunftsfähigkeit

Nachhaltigkeit im wirtschaftlichen Bereich:

Funktionierende Finanz- und Kapitalmärkte sind essentiell für jede entwickelte Volkswirtschaft und sollen effektiv die Funktion des Risikoausgleichs und der Ermöglichung realwirtschaftlicher Projekte erfüllen. Ein neu geordnetes globales Finanzsystem muss auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtet sein, dafür braucht es solide Regulierung und effiziente und koordinierte Überwachung. Ein funktionierender Finanzmarkt ist auch im Interesse der KonsumentInnen: Sie müssen sich auf Beratungen verlassen können und brauchen Zugang zu Krediten.

Realwirtschaft stärken: Wettbewerb sorgt in einer Marktwirtschaft für Effizienzsteigerungen und liefert Anreize für intensivierete Innovationsanstrengungen. Damit ist die Intensität des Wettbewerbs auch wichtig für Wachstum und Beschäftigung. Die Wettbewerbsintensität kann zum einen durch eine vorausschauende Wettbewerbspolitik gesteigert werden, zum anderen durch ein Herunterfahren von Überregulierungen, verbunden mit aufwändigen Verfahren.

Standortverbesserung: Das gesamtwirtschaftliche Wachstumspotenzial wurde in den letzten Jahrzehnten nicht erreicht, weil insbesondere Binnennachfrage (privater und öffentlicher Konsum) und Investitionen zu schwach waren. Durch begünstigende Rahmenbedingungen ist hier

gegenzusteuern, dazu gehören einerseits Investitionsbegünstigungen, andererseits die steuerliche Entlastung von Arbeit.

Daseinsvorsorge: Ein wichtiger Teil der Realwirtschaft sind die Leistungen der Daseinsvorsorge. Die hier tätigen Unternehmen, egal ob im öffentlichen oder im privaten Bereich, haben neben der Ertragsorientierung noch eine Anzahl weiterer Ziele zu erfüllen: flächendeckende Versorgung, Leistbarkeit, Versorgungssicherheit und hohe Qualität. Strategische und langfristige Investitions- und Entwicklungspläne, aktive Regulatoren und mehr Wettbewerb und gesteigerte Effizienz können auch hier zu verbesserten Leistungen bei gesenkten Kosten führen.

Nachhaltigkeit im sozialen Bereich:

Sozialsysteme: Die nachhaltige Finanzierbarkeit des Sozialstaates ist notwendig, um einen solidarischen Sozialstaat aufrecht zu erhalten. Je mehr Menschen in Österreich in qualitativvoller Beschäftigung sind, umso geringer sind die Finanzierungsprobleme der Sozialsysteme. Das Sozialsystem soll keine Anreize zur Nicht-Erwerbstätigkeit bieten, muss aber gleichzeitig alle Risiken der Nicht-Erwerbsfähigkeit ausreichend abdecken. Reformen in den Bereichen Pensionen, Gesundheit sowie Verwaltung können eine Wachstumsstrategie unterstützen, indem Effizienzsteigerungspotenziale genutzt werden und frei werdende Mittel in Richtung wachstumsfördernder Ausgaben umgeschichtet werden. Im Gesundheits-, Pflege- und Betreuungsbereich, aber auch in weiten Teilen der Sozialhilfe sollte verstärkt statt Geldleistungen auf Sachleistungen umgestellt werden. So könnten Arbeitsplätze geschaffen und deutlich besser gesteuert werden, welche Leistung in welcher Qualität erbracht wird.

Binnennachfrage: Insgesamt wird mehr Einkommen und damit mehr Binnennachfrage entstehen, wenn in einer wachsenden Wirtschaft mehr Menschen qualifizierte und damit besser bezahlte Beschäftigung haben, länger Beschäftigung haben können, sowie wenn die Reallöhne und -gehälter am mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt partizipieren. Die Einkommensverteilung ist dabei innerhalb und zwischen den Generationen zu betrachten, weil erst dadurch eine gerechtere Lastenverteilung von Sozial- und Umweltkosten möglich wird. Da insbesondere im wenig qualifizierten Bereich des Arbeitsmarktes ein Überangebot an Arbeitskräften besteht, verspricht vor allem ein auf Innovation basierendes Wachstum verbunden mit einer Höherqualifikation der betroffenen Personen nicht nur höheres Einkommen, sondern auch sichere Arbeitsplätze. Es ist damit auch ein Beitrag zur Armutsbekämpfung.

Ökologische Nachhaltigkeit:

Ressourcen und Emissionen: Einhelliges Ziel der Sozialpartner ist es, eine Wirtschaft mit möglichst geringer Energieintensität und einem maximalen Anteil an CO₂-armen Energiequellen auszubauen. Gleichzeitig darf das nicht die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich einschränken. Forschungsförderung für emissionsenkende Maßnahmen ist ebenfalls wachstumsförderlich.

Ökokonsum, Ökotourismus: Ökokonsum und Ökotourismus stellen neue Trends im Konsumbereich dar. Sie bieten damit den Unternehmen und den dort Beschäftigten neue Einkommenschancen. Durch bewusste Wertentscheidungen bewirkt die Nachfrage nach mehr ökologischen Produkten und Dienstleistungen eine Strukturveränderung und führt zu nachhaltigerem Wirtschaften. Mit dem breiteren Angebot werden die Produkte und Leistungen auch relativ preiswerter werden, wodurch auch einkommensschwächere Gruppen besseren Zugang bekommen.

Entwicklung der Umweltwirtschaft in Österreich: Anstrengungen im Bereich Umwelt sind ein wesentliches Element einer nachhaltigen Wachstumsstrategie. Die Erreichung der innerhalb der EU definierten Ziele erfordert sowohl eine gesteigerte Energieeffizienz als auch eine Ausweitung der erneuerbaren Energien. Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien geht es um einen Technologiesprung beim Neubau, um die Sanierung des Altbaubestandes, um intelligente Mobilität und vieles mehr. Die Bau-Sozialpartner haben in ihrer Initiative „Umwelt und Bauen“ vielfältige

Vorschläge gemacht, wie ökologisch nachhaltiges Bauen zu Energieeffizienz, Umweltschutz und zur Schaffung von Arbeitsplätzen führt. Begleitende Forschungsanstrengungen können die Entwicklung beschleunigen.

STRATEGISCHE GESAMTPLANUNG IST NÖTIG

Konsolidierung der Staatshaushalte und Wachstum:

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind noch nicht überwunden, die Erholung zeigt sich einstweilen hauptsächlich im Export, auch in den kommenden Jahren wird es Impulse der Wirtschaftspolitik brauchen. Die Lage der öffentlichen Haushalte ist, verstärkt durch die Rettungspakte zur Bewältigung der Finanz- und nachfolgenden Wirtschaftskrise, angespannt. Es gilt gegenzusteuern, das bedeutet, dass mit Augenmaß gespart werden soll. Es muss dabei strategisch vorgegangen und darauf geachtet werden, dass Wachstumspotenziale gefördert und nicht beschnitten werden und dass der soziale Zusammenhalt dabei nicht aufs Spiel gesetzt wird.

Verwaltungsreform ernst nehmen und umsetzen: Die Sozialpartner fordern eine zügig und ambitioniert umgesetzte Verwaltungsreform. Ziel ist eine moderne, zeitgemäße und kundInnenorientierte öffentliche Verwaltung.

Ordnungs-, Struktur- und Nachfragepolitik integrativ sehen: Qualitatives, nachhaltiges Wachstum wird nur zu erreichen sein, wenn Angebot- und Nachfrageseite nicht gegeneinander ausgespielt werden, wenn bei allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen ihre Auswirkung sowohl auf Angebot als auch auf Nachfrage bedacht wird. Strukturreformen sollen gleichzeitig Unternehmen stützen, Einkommen sichern und KonsumentInnenvertrauen erzeugen, Steuermaßnahmen sollen gleichzeitig die Arbeit entlasten und für Investitionsanreize sorgen.

Österreich – im globalen Umfeld:

Die großen Herausforderungen der kommenden Jahre, seien es der Klimawandel, Migration, alternde Bevölkerungen, Globalisierung oder Sicherheitsfragen können und werden nicht lokal, nicht regional und nicht national gelöst werden. Supranationale und globale Organisationen werden hier zunehmend wichtiger werden. Europa muss in einer zur Bipolarität (USA, China) tendierenden Welt das gewachsene Gewicht der Eurozone nutzen und als globaler Player europäische Stärken und Werte einbringen. Als größter Wirtschaftsraum der Welt muss die Europäische Union – und Österreich als eines ihrer Mitglieder – die Globalisierung mitgestalten und ihre Handlungsfähigkeit nach innen und nach außen verbessern. Dazu bedarf es einer verstärkten Kooperation in der Wirtschaftspolitik, insbesondere einer verbesserten Koordinierung der Makropolitik in der Eurozone, und der konsequenten Umsetzung einer qualitativ angereicherten Europa-2020-Strategie sowie der Verwirklichung eines Europäischen Sozialmodells als weltweites Best Practice Beispiel für ein modernes, inkludierendes und innovatives Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

DIE ROLLE DER SOZIALPARTNER

Veränderungsprozesse sind leichter und erfolgreicher bewältigbar, wenn sie durch die Einbeziehung der betroffenen Gruppen von einem breiten Konsens getragen werden. In diesem Sinne stehen die österreichischen Sozialpartner weiterhin für eine umfassende Mitgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Sie sehen sich als Mitgestalter und Manager des Strukturwandels und werden ihre Expertise einbringen, um die Veränderungsprozesse zur Förderung des Wachstums, der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft, der Solidarität und Sicherung des sozialen Zusammenhaltes zu nutzen.